



## Brookdorff-Konkurrenz ist pessimistisch

Kam mit den besten Hoffnungen nach Versailles und findet, daß dieselben trügerisch waren; Bedingungen in England gezeifelt

Rheinpreußen will sich vom Reiche losagen

Berlin, 27. Mai. über London. In einem Interview mit dem Berliner Korrespondenten des Norddeutschen Lloyd sagte der deutsche Friedenskommissioner Graf Brookdorff, er habe sich mit dem letzten Entschlusse nach Versailles begeben, um das zu retten, was noch für das Wohl und Beste des deutschen Volkes übrig geblieben war; aber selbst die kleine Rest wurde durch die Friedensbedingungen der Alliierten vernichtet. Deshalb sei es eine Frage, ob es nicht besser sei, die Unterzeichnung der Friedensbedingungen zu verweigern, als wie von den unabhängigen Sozialisten verlangt wird, dieselben anzunehmen. Er würde bis zum Neuesten darauf bestehen, das Los der Arbeiter durch Verhandlungen zu bessern; doch würden die Delegaten gegen das Interesse der arbeitenden Klassen handeln, sollten sie die Bedingungen unterschreiben, die „einige Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedeuten.“

Denker und Schriftsteller Großbritanniens erhoben ein wachsendes Protestgeschrei gegen die Vertragsbedingungen, welche den Samen künftiger Kriege—noch erbitterter und schrecklicher als der letzte—ausstreuen würden. Sie sagen, der Vertrag enthalte nur hohle Versprechungen über den Völkerverbund, zerfahrene aber gleichzeitig die Rechte MittelEuropas, verleihe vielen Millionen Deutsche das Selbstbestimmungsrecht und schaffe französischen Militarismus auf dem linken Rheinufer, an Stelle des deutschen Militarismus in Elsass-Lothringen. Ohne Ueberreizung kann ich sagen: Diese Rückschlagsbewegung geht schon so weit, daß sie die Gestalt von Sympathie mit den Deutschen annimmt, die „vor dem graufigsten Zusammenbruch in der Weltgeschichte stehen“,—wie sich J. L. Cannon, der Schriftleiter des Londoner „Observer“ ausdrückt. Mindestens ist die Zeit vorbei, in welcher die Anklage „prodeutsche“ Gesinnung gegen jeden erhoben wurde, der von der Theorie der „Sünde bis zum letzten Blutstropfen“ nichts mehr wissen wollte. Heute erklärt die unabhängige britische Arbeiterpartei ein außerordentliches scharfes Verdammungsurteil gegen den Friedensvertrag, „das heimlich ausgearbeitete Werk von 4 Männern, welche der alten Methode folgten, die von Demokraten der gegenwärtigen Welt beurteilt werden.

Dieses Manifest hebt auch besonders die Ungerechtigkeit der Bestimmungen über das Saarland und Polen hervor, das Abzählen auf den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands, die Aufhebung der Abrüstung für Deutschland allein und die Auslieferung Deutschlands aus dem Völkerverbund. In allen diesen Beziehungen, sagt das Manifest weiter, sei der Vertrag ein Wortbruch gegenüber den Arbeitern und eine schändliche Verletzung der Versprechungen von Lloyd George, daß die Arbeiter bei dem Entwerfen des Vertrages zu Rate gezogen werden würden.

Samburg, 27. Mai. — Eine Dülfelder Depesche an das Fremdenblatt besagt, daß eine Bewegung im Gange ist, Rheinpreußen von dem übrigen Deutschland zu trennen und einen Freistaat zu gründen. Es heißt, daß sich 50,000 Bürger in Aachen und Umgebung für die Bildung eines derartigen Freistaates ausgesprochen haben.

Was die Freiheit wissen will. Berlin, 27. Mai. — Die „Freiheit“, Organ der unabhängigen Sozialisten, schreibt, daß reaktionäre und militärische Gruppen in Deutschland die Absicht haben, den Militarismus in Deutschland wieder zu beleben. Unter dem Vorwande, eine Nationalgarde zu bilden, werden in jedem Distrikt oder in jeder Großstadt Militärbteilungen ins Leben gerufen. Diefelben werden mit Gewehren und Maschinengewehren versehen und schärferen Stabes versehen. Diese militärischen Organisationen bestehen zumeist aus früheren Soldaten. „Nichts ist vergeblicher worden. Wenn immer unsere militärischen Autoritäten zu organisieren beginnen, dann tun sie dies gründlich; alles dieses aber ist nur der Anfang“, schreibt das genannte Blatt.

Stand der deutschen Reichsbank. Berlin, 27. Mai. — Beim Nationalbankrat am 15. Mai war der Stand der Reichsbank wie folgt: Münze, Abnahme, 24,657,000 Mark; Gold, Abnahme, 25,207,000 Mark; Schatznoten, Zunahme, 117,789,000 Mark; Noten anderer Banken, Zunahme, 476,000 Mark; Discont, Abnahme, 517,484,000 Mark; Darlehen, Abnahme, 1,381,000 Mark; Anlagen, Abnahme, 1,465,000 Mark; andere Wertpapiere, Abnahme, 45,917,000 Mark; Anlagemittel, Abnahme, 235,855,000 Mark; Einlagen, Abnahme, 965,435,000 Mark; andere Verpflichtungen, Zunahme, 256,959,000 Mark.

## Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 25. Mai. — Spezial-Korrespondenz. — Expräsident William Howard Taft hat in einem Artikel die Frage aufgeworfen, ob „Wilson die Verneinung der Verträge unterstützt.“ Es handelt sich um das an den Präsidenten gerichtete Gesuch des in Bern abgehaltenen Welt-Friedens-Kongresses der Frauen, für eine Milderung der Deutschland auferlegten Friedensbedingungen einzutreten und deren Revision zu erwirken. Die Antwort, die der Präsident darauf erteilte, war nach Herrn Taft's Ansicht „sympathisch und beiführend.“ Deshalb die Frage, welche die Ueberschrift des erwähnten Artikels bildet. Sie wird von dem Verfasser, wie folgt, beantwortet: „Unglaublich, daß der Präsident annimmt, die Deutschen seien zur Ablehnung der Friedensbedingungen der Alliierten berechtigt.“

Unsere Verpflichtungen unter „Verbündeten“ gegenüber, mache eine andere Auffassung unmöglich. Herr Taft verteidigt alsdann die Bestimmungen des Friedensvertrags-Entwurfs. Er stellt dabei die umstrittene Information behaltende Behauptung auf, daß der nichtpolnische Teil des Polen bewilligten Korridors zur See (Brest-Litwa) nicht groß wäre. Tatsächlich ist die Provinz der Nationalität ihrer Bewohner nach zu mehr als zwei Dritteln deutsch und zu weniger als einem Drittel polnisch. Herr Taft versichert, daß die deutsche Regierung „Industrial Trusts gegen die Welt“ kämpft und leidet. Es würde ungerecht sein, die Wiederaufnahme dieses praktischen Verfahrens in Konkurrenz mit Frankreich und Belgien und anderen Ländern, deren industrielle Kraft dadurch permanent brach gelegt worden wäre, zu gestatten. Aus diesen Gründen hätten die Alliierten den deutschen Methoden der Organisation industrieller Produktion Schranken gezogen und gefordert, die deutsche Regierung sollte einen entbünderten Bahn-, Fracht- und Passagier-Verkehr von anderen Ländern in und durch ihr Gebiet zustimmen.

Die in diesen Korrespondenzen vertretene Ansicht, daß Präsident Wilson seinen ganzen Einfluß zu Gunsten seiner vierzehn Punkte, welche eine Deutschheit der Legislatur von Montana an den Kongreß „als einen heiligen und bindenden Kontrakt und ein Abkommen zwischen dem Kriegführenden bezeichnen, das zu völkerverbindlicher Würde emporgestiegen“ sei, und gegen eine Zerstückelung Deutschlands in die Klugheit warf, wird auch von dem deutschen Journalisten Maximilian Harden in einem kürzlich von amerikanischen Zeitungen veröffentlichten Kabelebrief bekräftigt. Er habe das menschlich Mögliche getan, nicht aus Liebe zu Deutschland, sondern aus Liebe zu Recht und Gerechtigkeit. Harden schreibt: „Die Tatsache, daß Marciall Joch's Forderung des linken Rhein-Ufers nicht triumphierte, daß Danks nicht polnisch und daß das Saar-Land für die Dauer der Völkerverbindung nicht unter französischer Kontrolle, sondern unter die der Liga der Nationen gestellt werden wird, welcher Deutschland bald angehören wird, das wird noch viel mehr ist Präsident Wilson's Werk.“ Harden verlegt auch die Behandlung des Teiles unserer Tagespresse, welche die Deutschland unterbreiteten Friedensbedingungen für einen „Frieden der Gerechtigkeit“ hält, indem er sagt: „Der in Versailles angebotene Frieden ist härter als irgend einer der Geschichte, seit Kleinsind von Athen sich den Völkern des spartanischen Generalissimus Sparden zu fügen, keine Flotte und Kolonien auszuliefern, die Ruinen der Stadt niederzuliegen und die Krocholis der spartanischen Armee zu öffnen hatte, die infolge einer Hungerkatastrophe gestiftet hatte.“ Die schreiige Verneinung des Friedens-Entwurfs veröffentlichte die New Yorker Wochenzeitschrift „The Nation“ und „The New Republic“, während der amerikanische Republikant Emerton von Ohio im Hause eine Resolution einreichte, die darauf dringt, daß Italien „Gerechtigkeit“ werde in der Fiume-Frage, seiner großen „Beihilfe für die Alliierten wegen.“

Die Festigkeit des Präsidenten ist ein Meisterstück politischer Klugheit. Er nimmt der republikanischen Partei allen Wind aus den Segeln, indem sie es ihrer Majorität in beiden Häusern der Landesvertretung überläßt, für gelegliche Maßnahmen zu sorgen, welche die Rück-

## Präs. Wilson über die Völkerliga

Verweist auf die Neulichkeit zwischen der Monroe Doktrin und der Völkerliga.

Paris, 27. Mai. — Anlässlich eines Festessens, welches die südamerikanischen Delegaten zu Ehren des zum Präsidenten von Brasilien erwählten Dr. Epitacio Pessoa gaben, erklärte Präsident Wilson, daß sich sein Plan über die Bildung der Völkerliga durch eingehendes Studium der Monroe Doktrin entwickelt habe. Er verwies auf dieselbe, sowie auch auf die Vorschläge, die einstweilen gemacht wurden, um eine Angriffspolitik am amerikanischen Erdteil unmöglich zu machen.

Herr Wilson erklärte, daß sich die Vereinigten Staaten in der Monroe Doktrin zum Beschützer der Unantastbarkeit des Gebietes amerikanischer Nationen von Seiten europäischer Mächte aufgeschwungen habe, ohne aber selbst eine Garantie zu leisten, daß sie nicht selbst eine derartige Politik südamerikanischen Staaten gegenüber verfolgen. Sein Plan ging dahin, den südamerikanischen Republiken ein bindendes Versprechen zu geben, welches sie auch vor eventuellen Angriffsgelüben der Vereinigten Staaten sichert. Dieser Vorschlag war feierlich abgelehnt worden, wurde aber jetzt durch die Völkerliga indirekt gutgeheißen, da dieselbe bezweckt, daß sich die Nationen der Erde in der Verteidigung der Unantastbarkeit ihrer politischen Unabhängigkeit und Befreiung der Landesgrenzen gegenseitig unterstützen.

In einer Beantwortungsrede erklärte hierauf Dr. Pessoa, daß die amerikanischen Republiken jetzt die selben Ideale und Ziele, die Aufrechterhaltung des Friedens, des Rechtes und der Gerechtigkeit, der Arbeit, der Ordnung und Einsinnigkeit, verfolgen werden, von welchen das politische Gleichgewicht und das Wohlergehen der Welt abhängig ist.

Er gab des Drahtverkehrs an Privatbesitz ermöglichen würden. Die Bahnen werden, so erklärt die Postfach, Ende des Jahres den Eigentümern zurückgegeben werden. Die amerikanische Industrie wäre jetzt von keiner ernstlichen Gefahr ausländischer Konkurrenz bedroht; deshalb sei in aller nächster Zeit eine allgemeine Revision unseres Einfluß-Systems nicht nötig. Die Empfehlungen des Präsidenten in Bezug auf „echte Demokratisierung der Industrie“ sind allgemein gehalten, geben aber ein gutes und klares Bild der veränderten Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Sie werden keinen allgemeinen Anlauf finden; in Arbeiter-Kreisen sind sie dessen gewiß nicht, aber in solchen des Kapitals.

Es ist behauptet worden, der neue Kongreß werde sich um den Präsidenten zu wenig kümmern und seine Empfehlungen unberücksichtigt lassen. Der Präsident hat aber die veto-Gewalt. Im Senat wird im Laufe nicht die Zweidrittel-Majorität nicht, welche notwendig ist, um ein Gesetz über das veto anzunehmen. Im Senat werden Republikaner und Demokraten über gleichzeitige Stimmen verfügen, sollte der Majorität-Kontext gegen den Republikaner Kemberly und für den Demokraten Ford entscheiden werden. Im Hause verfügen die Republikaner über 238 Stimmen, denen sich eventuell noch zwei unabhängige und eine prothibitionistische Stimme zugesellen würden. Die Verdringung des Minorität-Socialisten Victor Berger zur Einnahme des Soges, zu dem er ernannt wurde, ist angefochten worden, weil er wegen Verletzung des Spionage-Gesetzes verurteilt wurde. Der Fall beschäftigt zur Zeit den obersten Gerichtshof des Landes. Nur zwei Repräsentanten hatten den moralischen Mut, den früheren Kollegen zu begrüssen: N. Simpson Moore von Pennsylvania und Nicholas Longworth von Ohio, der Schwingegericht des verstorbenen Präsidenten Roosevelt. Die Zahl der demokratischen Stimmen im Hause stellt sich auf 193; zu einer Zweidrittel-Majorität sind 290 Stimmen notwendig, und sie gehören nicht der republikanischen Mehrheit im Hause. Ein demokratischer Kongreß-Abgeordneter ist gestorben, Carl E. Van Duse von St. Paul, Minn. Sein Ableben hat zu den üblichen Reichs-Resolutionen in beiden Häusern Anlaß gegeben.

— Es bezog sich in den „Klassifizierten Anzeigen“ der Tribune zu annontieren.

## Die deutschen Gegenwortschlüsse

Deutschland wird die zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens wiederherstellen.

Berlin, 25. Mai. (Verzögert; von Carl D. Groat, Copyright 1919 by United Press.) — Kanzler Scheidemann sagte heute dem Vertreter der United Press gegenüber, daß die deutschen Gegenwortschlüsse den Alliierten demnächst unterbreitet werden würden. „Wir betrachten die Bedingungen der Alliierten in der gegenwärtigen Form als unannehmbar“, erklärte der Kanzler. „In unseren Gegenwortschlüssen wird nicht darauf gedrungen, unseren schmerzlichen Verpflichtungen aus dem Wege zu gehen. Vor allen Dingen erachten wir es für nötig, daß die zerstörten Gebiete Frankreichs wieder hergestellt werden müssen; auch müssen wir dafür sorgen, daß Frankreichs Kriegsbürde erleichtert wird, soll es nicht finanziell bankrott werden. Deshalb verpflichten wir uns, ohne Vorbehalt, die zerstörten Gebieten Nordfrankreichs wieder herzustellen und volle Entschädigung für die vermissten Kohlenbergwerke zu geben. Wir gehen sogar noch weiter, wir verlangen, daß die Gebiete der Welt auf dem Gebiet des Finanzwesens werden darüber erlaubt sein.“

Unsere Gegenwortschlüsse halten sich, was Belgien anbetrifft, streng an das Programm des Präsidenten Wilson. Wir nehmen die Forderung, unsere Streitmacht auf 100,000 Mann zu beschränken an, und werden auch zu Wasser und zu Lande abzurufen, vorausgesetzt, die übrigen Nationen tun dasselbe. Es ist unser Wunsch, Frankreich von militärischen Lasten zu befreien.

Aber alles dieses können wir nur dann tun, wenn uns Gelegenheit gegeben wird, zu arbeiten und aus dem dadurch entstandenen Verdienst den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Bist man jedoch Clemenceaus Note, dann schwindet alle Hoffnung. In Erweiterung der Antworten Clemenceaus auf die verschiedenen deutschen Noten, sagt er, daß Deutschland nicht hungern wird, wenn auch ein Teil des getreidefreien Gebiets genommen wird, da es genug Getreide importieren könne. Aber mit Papiergeld, das in Auslands seinen Wert hat, kann man keine Lebensmittel kaufen. Auch wird es sehr schwierig sein, die deutsche Industrie wieder aufzubauen, wenn man gewungen ist, Kohlen im Auslande zu erwerben. Ein großer Teil deutschen Gebietes soll von dem Reiche getrennt werden, ohne den Bewohnern Gelegenheit zu geben, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wir müssen uns aus dem tödlichen Kreis zurückziehen, falls die Entente Schamerungsgelder von uns verlangt, und in diesem Sinne sind unsere Gegenwortschlüsse gehalten. Man darf das Volk nicht des Handelsvertrages berauben und dann von ihm verlangen, daß es arbeiten soll. Das deutsche Volk gleicht den Juden, als sie von Moses aus Ägypten geführt wurden. Die Deutschen stehen einer 40-jährigen Wanderung in der Wüste gegenüber, die ihnen aber in derselben nicht untergeben.

Herr Präsident hat seine Idee über die Völkerliga verworfen und wir werden in unsere Gegenwortschlüsse darauf bestehen, daß wir sofort zur Lage zugelassen werden. Denn nur durch diese kann diese Epoche von Hoß und gegenseitiger Verdringung geschlossen werden.“ (Ende des Copyright.)

Kolchak's Verbindung von „Koten“ bedroht. Paris, 27. Mai. — Seitern hier eingetroffene Nachrichten melden, daß der Betrieb der trans-sibirischen Eisenbahn, auf welche General Kolchak für die Zufuhr von Vorräten angewiesen und abhängig ist, durch Streiks und Unruhen der Anhänger des Bolschewismus schwer bedroht ist. Die Störungen lassen sich nur schwer unterdrücken.

London, 27. Mai. — Aus Apenhagen wird gemeldet, daß ein russischer Truppen der wichtigen Bahnstationen Punkt Pskov, zwischen Riga und Petersburg erobert haben.

Paris, 27. Mai. — In Begleitung seiner Gattin trat hier Janacek Jan Baderowski, der polnische Ministerpräsident, ein.

## Die Oesterreicher müssen noch warten

Das Zustandkommen der Bedingungen stößt wegen der Hartnäckigkeit der Italiener auf Schwierigkeiten; sie drohen wieder

Die Blockade gegen Deutschland bleibt vorläufig

Paris, 27. Mai. (Von Fred S. Ferguson, Korrespondent der United Press.) Die „Großen Vier“ setzen heute ihre Beratungen über den österreichischen Friedensvertrag fort und befähigen sich namentlich mit der finanziellen Seite desselben. Es werden Mittel und Wege gefunden werden, die Nationalschuld Oesterreich-Ungarns vor dem Kriege auf zum Teil auf jene Länder zu übertragen, die jetzt ihre politische Unabhängigkeit erhalten haben. Frankreich allein hat eine Forderung an Oesterreich-Ungarn im Betrage von drei Millionen Franken und möchte das Geld nicht gern verlieren. Sollte das neue Oesterreich gezwungen werden, die Schulden allein zu übernehmen, dann würde dieses Land finanziell ruiniert werden. Man will aber auch jene Reiche, die aus der früheren Doppelmonarchie hervorgegangen sind, finanziell möglichst schonen. Man glaubt nicht, daß die Oesterreicher die Friedensbedingungen vor Ende dieser Woche oder Anfangs nächster Woche unterbreiten werden können. Daß die Verhandlungen über die Oesterreicher zu stillenden Bedingungen verschleppt werden, ist wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Italien in der adriatischen Frage wieder große Hartnäckigkeit an den Tag legt. Es wird gesagt, daß die italienischen Delegaten wieder dieselbe Taktik befolgen, wie zur Zeit, als sie die Friedenskonferenz tentativ verließen; auch jetzt sollen sie wieder andeutend haben, sich von der Konferenz zurückziehen zu wollen, wenn nicht bald ein Uebereinkommen betreffs ihrer Ansprüche auf das adriatische Gebiet zustande kommt. Auch die Frage der Kriegsverantwortlichkeit ist immer noch ungelöst.

Die türkische Regierung hat wegen der Besetzung Smyrnas durch die Griechen an die „Großen Vier“ protestiert. Sie behauptet, daß es klüger gewesen sein würde, hätten gemischte Truppen der Alliierten die Besetzung vorgenommen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß Bulgarerien besetzt wird, sollten die Kruppen weiter in Kleinasien vordringen.

Blockade vorläufig beibehalten. Paris, 27. Mai. — Die deutschen Gegenwortschlüsse werden Mittwoch den Alliierten unterbreitet werden, so wenigstens wird in Kreisen der französischen Friedensdelegation angenommen. Es wurde gestern Abend bekannt gegeben, daß die „Großen Vier“ die Entscheidung des Obersten Wirtschaftsrats gut geheißen haben, laut welcher die Blockade Deutschlands ausreicht erhalten bleiben soll, bis eine reguläre vom Volke erwählte Regierung eingesetzt worden ist.

Da die deutschen Delegaten um eine Verlängerung der ihnen gestellten am Donnerstag abgelaufenen Frist nicht nachgesucht haben, so wird angenommen, daß die deutsche Regierung ihren Entschlus, die Bedingungen in vorliegender Form nicht zu unterzeichnen, nicht geändert hat.

Auf dem Wege nach Lissabon. MC-4 hat heute morgen seine unterbrochene Fahrt nach Europa wieder aufgenommen.

Punta Del Gada, Azoren, 27. Mai. — Heute um 10:40 morgens (Greenwich Zeit) verließ Kommandeur Reed in Begleitung seiner Originalmannschaft mit dem großen Seeflugzeug MC-4 den heiligen Hafen, um nach Lissabon, der Hauptstadt Portugals, zu fliegen. Die Witterungsverhältnisse hier, wie auch auf der zurückliegenden Strecke nach dem Ziel der Flieger, sind die denkbar besten. Beim Aufstieg des Flugzeuges erschollen laute Jubelrufe und im Hafen klangende Sätze feierten Ehrensalven ab.

Um etwa 11:13 morgens (Greenwich Zeit), bojierten die Flieger die erste Fernfahrer-Station östlich von Punta Del Gada und von hier aus landete Kommandeur Reed an Admiral Jackson eine Funkdepesche, in welcher er sich für die den amerikanischen Fliegern erwiesene Gostfreundschaft bedankt.

Washington, 27. Mai. — Nach im Marineministerium eingelaufenen Nachrichten hat das MC-4, das Sta. tionsschiff No. 4, etwa 200 Meilen östlich von Punta Del Gada stationiert, um 12:54, Greenwich Zeit (8:54 Washington Zeit), ankert. Weitere Nachrichten werden erwartet.

Rebraska Viehhändler gehen nach Europa. Washington, 27. Mai. — Hier sind gestern die beiden wohlhabendsten Viehhändler von Rebraska, Herr Dan Kolenick von Omaha und Herr Julius Wolf von Union, Neb., auf dem Wege nach New York eingetroffen, von welchem Gängen aus sie sich nach Europa einzuschiffen gedenken. Sie werden England, Holland, Frankreich und Belgien besuchen und bei dieser Gelegenheit Rassevieh ankaufen, um ihre in Rebraska wachsenden Herden zu verbessern.

Wetterbericht. Für Omaha und Umgebung: veränderlich heute Abend und Mittwoch, keine Veränderung in der Temperatur. Für Rebraska: schon im westlichen und nördlichen Teil: vielleicht veränderlich in südöstlichen Teil heute Abend und Mittwoch; keine Veränderung in der Temperatur. Für Iowa: meist bewölkt heute Abend und Mittwoch; vielleicht Regenschauer im südlichen Teil. Keine Veränderung in der Temperatur.

Spanien erkennt Republik Polen an. Madrid, 27. Mai. — Antwortlich einer Zuschrift des polnischen Premierministers Janus Baderowski hat die spanische Regierung eine herzlich gehaltene Anerkennung der politischen Unabhängigkeit und der politischen Regierung gebührt und somit sind amtliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern ins Leben gerufen worden.

Englische Soldaten in offenem Aufbruch. London, 27. Mai. — Gestern marschierten Tausende aus dem Dienst entlassene Soldaten und Seelen, die arbeitslos sind, mit Steinen und anderen Wurfgeschossen nach Paris, nach dem Hause der Gemeinen. Verbeigeworfenen Polizeimannschaften gelang es schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen. Später sammelten sich die Unzufriedenen abends und verdrängten nach dem Buckingham Palace zu gelangen, wurden aber in ihrem Vorhaben wieder verhindert. Diese Demonstrationen folgten einer Massenversammlung im Hyde Park, in welcher die entlassenen Soldaten und Seeleute Arbeit und Beschäftigung eines Minimallohnes verlangten. Reihliche Unruhen werden auch aus vielen andern englischen Städten berichtet.

Texas Kavallerie als Grenzwaache. Capt. Fox, Tex., 27. Mai. — Generaladjutant Harley von Texas hat gestern mit Gouverneur Fretwell von Coahuila, Mex. ein Uebereinkommen getroffen, demzufolge das erste Texas Kavallerie-Regiment bei der Unterdrückung der Unruhen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze ausrücken soll. Die Kavallerie wird auf dem Wege nach Mexiko auf dem amerikanischen Territorium bei der Unterdrückung der Unruhen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze ausrücken soll. Die Kavallerie wird auf dem Wege nach Mexiko auf dem amerikanischen Territorium bei der Unterdrückung der Unruhen an der amerikanisch-mexikanischen Grenze ausrücken soll.